

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der Illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonntagen und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Hauptstraße 59, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1.50, monatlich 50 Pf. Postgebühren für 1908, 6 Marktrag.

Die Abzugsgelder betragen für die vierspaltigen Beiträge oder deren Raum 15 Pf., für Werksammlungen, Anzeigen und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Zusagen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 211.

Donnerstag, den 10. September 1908.

10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Von der bürgerlichen Wissenschaft.

Die bürgerliche Wissenschaft sieht bekanntlich mit souveräner Verachtung auf die Literatur herab, die sich der Sozialismus im Laufe der Jahrzehnte geschaffen hat. Zwar hat der Sozialismus auf allen Gebieten des menschlichen Wissens entweder völlige Umwälzungen hervorgerufen — auf dem Gebiete der Volkswissenschaft, auf dem Gebiete der Geschichtsschreibung, durch Marx „Kapital“ und Marx-Engels materialistische Geschichtsauffassungslehre. Auf anderen Gebieten wiederum hat der Sozialismus hoffnungserweckende Anläufe gemacht. Es ist keine Ruhmbildigkeit, wenn die Sozialisten sagen: die sozialistischen Ideen werden durch ihr unaufhaltsames Vordringen im Laufe der Zeit die Wissenschaft vollständig umwerthen. Die berühmten „unwissenschaftlichen Wahrheiten“ werden überwunden werden und im Zeichen des Sozialismus wird sich das Bibelwort verwirklichen: „Der Stein, den die Bauleute verworfen haben, ist zum Grund- und Eckstein geworden.“ Zum Grund- und Eckstein wird werden, worüber heute die bürgerliche Wissenschaft nichtachtend hinweggleitet.

Alle Erfolge der sozialistischen Wissenschaft haben die bürgerliche Wissenschaft bisher noch nicht verhindert, mit dem alten Hochmuth uns entgegen zu treten. Trozdem der Sozialismus den Erfolg gehabt hat, die größte politische Partei der Welt zu schaffen, indem er die Arbeiterklasse organisierte, gelten den bürgerlichen Gelehrten die sozialistischen Ideen noch immer als „Fehlerlehren“; die Arbeiterbewegung dünkt ihnen eigentlich als ein „Fehlthum“ begründet, und über die sozialistische Literatur haben sie längst das Verdammungsurtheil gefällt, daß die Sozialdemokratie „furchtbar unwissenschaftlich gedachte Bücher“ produziere.

Dieses hochnäsige Urtheil wirkt geradezu komisch, wenn man die manchmal direkt unwürdige Rolle betrachtet, welche die bürgerliche Wissenschaft und ihre Männer spielen müssen. Außerlich das Bild glänzender wissenschaftlicher Unantastbarkeit und hinter den Kulissen — die reine Sämmerlichkeit.

Wie jämmerlich ist das Frieren der bürgerlichen Wissenschaft vor den jeweiligen Machthabern! Wie fällt und klagt und unterschlägt die bürgerliche Wissenschaft, um nicht mit den Interessen der Machthaber zu kollidieren. Wie muß man, wenn man die Erzeugnisse der bürgerlichen Wissenschaft liest, zwischen den Zeilen und in den Fußnoten fiebern, weil da, wo sich die Wahrheit hervorwagt, sie es verschämt und schüchtern thut, um sich jederzeit alsbald wieder verkriechen oder verdröhnen zu können, wenn man „angedrückt“ haben sollte. Fürwahr, diese Wissenschaft hat keine Ursache, stolz zu thun gegenüber der im Arbeiterkittel, aber aufrecht und rücksichtslos einhererschreitenden sozialdemokratischen Forschung!

Der in der Presse erörterte Fall inhibitorischer Vatikansforschung hat ja wieder einmal gezeigt, wie kläglich die bürgerliche Wissenschaft in ihren tausend Ketten einherkriecht. Der Fall ist Allen noch in frischer Erinnerung. Ein Gelehrter, angestellt an einem aus deutschen Steuerzahlern unterhaltenem Institut in Rom schiebt die vatikanischen Akten durch und stößt dabei auf Juggersche Rechnungen über die Ablassgelder, die dem zur Zeit der Reformation regierenden Papst Leo X. aus Deutschland in die unergründliche Tasche geflossen sind. Der Archibisgewaltige — ein Jesuit — hat nichts gegen die Veröffentlichung der Akten. Im Gegentheil, wird er gedacht haben, es befördert nur den frommen Ebeifer und ärgert die Protestanten, wenn attemmäßig die Millionen festgestellt werden, die im 16. Jahrhundert an Ablass aus Deutschland nach Rom geflossen sind. Unserem deutschen bürgerlichen Gelehrten aber papperte das Herz. Wie, wenn die allmächtigen deutschen Ultramontanen an der Veröffentlichung Anstoß nehmen sollten! Das Unglück wäre nicht auszubedenken gewesen, daß dann eingetreten wäre! Und so wandte sich der unentwegte Forscher rathsuchend an den Reichskanzler Grafen Bülow, und der soll ihm geantwortet haben: „Ignorieren!“ Die Offiziösen haben bereits verstanden, es handelt sich „um längst bekannte Details.“ Graf Bülow wird sicher, wenn die Sache im Reichstage zur Sprache kommen sollte, eine plausible Erklärung zur Hand haben und Ultramontane und Kreuzzeitungstheologen werden ihm Beifall spenden.

Wie aber steht die bürgerliche Wissenschaft da! Handelte es sich um „längst bekannte Details“, so ist es ja um so jämmerlicher, daß die Wissenschaft von heute sie nicht zu veröffentlichen wagt ohne hohe obrigkeitliche Genehmigung. Und vor den Büchern, die diese „Wissenschaft“ auf den Markt wirft, soll nun der Arbeiter in Respekt ersterben!

Vor diesen Büchern! Eben erst hat ein bürgerlicher Wissenschaftsmann, nämlich der Professor Karl Bücher in Leipzig unterhüllt gezeigt, daß es sich bei der bürgerlichen „wissenschaftlichen Werke“, „Produktion im Zeitalter des Kapitalismus“ überhaupt nicht um den Ausbau der Wissenschaft, sondern lediglich um eine Gelegenheit zum Geldver-

dienen handelt. In seiner jüngst erschienenen Schrift: „Der deutsche Buchhandel und die Wissenschaft“ eifert Bücher gegen gewisse große bürgerliche Sammelwerke und sagt: „Thatsächlich verdanken sie viel häufiger der Unternehmungslust findiger Verleger oder der Initiative betrieblicher „Herausgeber“ der Entstehung, als dem freien Entschluß originalen Forscher und weite Wissensgebiete beherrschender Denker.“ Der bürgerliche Professor sagt also hier mit dünnen Worten, daß die hochtrabende bürgerliche „Wissenschaft“, die mit lächerlichem Stolz auf die sozialistische Literatur herabseht; bei ihren Veröffentlichungen überhaupt nicht der Wissensbereicherung, sondern eben nur der Gelbglut des Kapitalismus dient. Ein werthvolles Bekenntniß!

Wie Alles bei der bürgerlichen „Wissenschaft“ Geld und Geschäft ist, zeigt dann ein zweites Beispiel des Professors Bücher. Bekanntlich nährt sich die bürgerliche „Wissenschaft“ in der Hauptsache davon, daß sie durch Jahrzehnte hindurch gewisse Standardwerke anschlachtet, ohne dabei auch nur einen einzigen neuen Gedanken zu produzieren. Wie bürgerliche Universitätsprofessoren Jahr für Jahr dieselbe Vorlesung halten, an derselben Stelle denselben Wis machen, so hält sich die bürgerliche Wissenschaft überhaupt streng an das Vorbild. Daher auch ihre wüthenden Ausfälle, wenn die sozialistische Wissenschaft die Vorbilder angreift und anzweifelt, und die bürgerliche Wissenschaft zum Denken zwingt. Nur langsam giebt sie der Wahrheit die Ehre und stützt sich auf ein neues Standardwerk, wenn ein wirklicher Gelehrter ihr eine neue Bahn mühsam gewiesen hat. Die Quelle wird bei dem geschäftsmäßigen Vertauschschlachten der bürgerlichen „Wissenschaft“ systematisch unterdrückt. Quellenangabe — das würde ja das Werk entwerthen, das „Geschäft“ föhren. Herr Bücher veröffentlicht den Brief eines bürgerlichen Gelehrten an einen andern, dessen Werk der „ausgeschlachtete“ hat. Es kommt darin folgende Stelle vor: „Der erste Blick auf das Inhaltsverzeichnis wird Ihnen zeigen, wie sehr dieser Grundriß auf Ihrer... (Name der Schrift) fußt. Der Verleger hat mir leider das Wort getrichen, in dem ich dies ausdrücklich hervorgehoben hatte, und ich kann Ihnen daher leider nur auf diesem Wege meinen Dank aussprechen.“

Das ist die „lautere“, „reine“ bürgerliche Wissenschaft! Die Quellenangabe wird gestrichen, damit das abgezeichnete Buch als ein Originalwerk, die nachgetauten Gedankenbissen als neue Ideen erscheinen sollen. So will's das Geschäft! Und diese „Wissenschaft“ steht stolz über der wissenschaftlichen Literatur der Arbeiterklasse, nennt sie hochnäsiger „unreif“, „unklar“, „unwissenschaftlich.“ Es wäre zum Lachen komisch, wenn es nicht eben doch bejammerswürdig kläglich wäre.

Daraus mögen die sozialistischen Arbeiter lernen, daß sie allen Grund haben, stolz auf ihre abgeschlossene und werdende Wissenschaft und Literatur zu sein. Sie überflügelt die bürgerliche Wissenschaft, die das Schicksal des Bürgerthums überhaupt theilt und allmählig aufhört, geistige Führerin des Volkes zu sein. Die Zukunft gehört der Sozialdemokratie in der Politik sowie im Wirtschaftsleben, und erst recht in der Wissenschaft.

Zum Parteitage.

Die eben erschienene Nummer der „Neuen Zeit“ ist fast ganz dem Parteitage gewidmet. Bebel und Kautsky behandeln auf zusammen etwa dreißig Seiten die Aufgaben, die in Dresden zu lösen sein werden. Leider fehlt es uns an Raum, die beiden Aufsätze auch nur im Auszuge mitzutheilen. Indem wir unsere Leser auf das Heft der „Neuen Zeit“ selbst verweisen, das ihnen sowohl in den Ausführungen Bebel's wie Kautsky's reiche Anregung bieten wird, geben wir hier nur den Schlusssatz der Bebel'schen Darlegungen wieder, der von den Hoffnungen und Befürchtungen handelt, die von dem Einen oder dem Anderen an den Tod der Alten geknüpft werden. Darüber schreibt Bebel:

„Was die Hoffnungen oder Befürchtungen auf den Tod der Alten betrifft, so werden weder die Hoffnungen der einen noch die Befürchtungen der andern in Erfüllung gehen. Sind Marx, Engels, Lassalle, Liebknecht und andere gestorben, von denen man glaubte, daß ihr Tod der Partei großen Schaden verursache, so wissen wir, daß die Partei trotzdem zu unserer vollen Zufriedenheit sich entwickelte. Es wird ihr also auch nichts schaden, wenn einmal die Alten der Natur ihren Tribut zollen, denen die Jungen folgen, von denen der eine und der andere noch diesem und jenem Alten voranzugehen dürfte.“

Entscheidend ist, daß die Masse der Parteigenossen die Augen aufhält, daß sie nie vergißt, daß, wieviel Personen immer aus bürgerlichen Kreisen der Partei sich anschließen, die Partei eine proletarische Klassenpartei ist. Das Wachsthum der Partei übt zweifellos auf gewisse dem Proletariat fernstehende Kreise eine große Anziehungskraft aus und in je höherem Maße, je größer die Partei wird. Diese Elemente glauben in der Sozialdemokratie zu finden, was ihnen in den bürgerlichen Parteien nicht

erhältlich ist. Ich begrüße mit Genugthuung jeden, der aus einer dem Proletariat fern stehenden Klasse zu uns kommt, vorausgesetzt, daß er sich in Charakter und Wesen der Partei zu finden weiß, ihre Grundanschauungen und Ziele billigt und ehrlich mit uns gemeinsam kämpfen will. Aber viele von diesen Elementen kommen noch stark belastet mit den Eierschalen bürgerlicher Vorurtheile und Anschauungen in die Partei. Selbst diejenigen unter ihnen, welche den Klassenkampfstandpunkt der Partei theoretisch lapidiert haben, fallen häufig in der Praxis in bürgerliche Auffassungsweisen und Kampfmethoden zurück. Und so kommt es schließlich dazu, daß diese Elemente zu einer Partei in der Partei werden. Gleich und gleich gesellt sich gern. Demgegenüber muß immer und immer wieder mit aller Schärfe betont werden, daß die Sozialdemokratie eine Partei des proletarischen Klassenkampfes mit entsprechenden Zielen ist, daß die Partei zwar die Befreiung der ganzen Menschheit aus Noth, Elend, Ausbeutung und Unterdrückung erstrebt, daß aber dieses Ziel allein auf dem Boden des Klassenkampfes und der Eroberung der politischen Macht durch das klassenbewußte Proletariat, dessen Schaaeren durch den Gang der kapitalistischen Gesellschaftsordnung immer gewaltiger anschwellen, erreicht werden kann.

Die Partei ist nicht nur gewaltig gewachsen, sie hat auch an geistiger Kraft und Intelligenz, an Einsicht und Erkenntniß in das Wesen von Staat und Gesellschaft, insbesondere in ihren proletarischen Schichten zugenommen, und diese klassenbewußten Massen werden keine Führer dulden, die sich ihnen nicht mit Leib und Seele ergeben. Darauf beruht unsere Hoffnung.

Die Führer haben das Vorrecht, an der Spitze der Partei zu marschieren und alle Hiebe unserer Gegner, die der Partei zugebracht sind, in erster Linie zu parieren; sie haben der Vollstreckung des Willens und das Werkzeug für die Verwirklichung der Aspirationen und der Hoffnungen des Proletariats zu sein. Würden aber die Führer oder einzelne derselben anfangen zu glauben, die Masse als Piedestal benutzen zu können, um ihrem Ehrgeiz oder ihrer Eitelkeit zu fröhnen, und daß die Masse der Parteigenossen es sich als eine Ehre anrechnen mußte, daß sie sich herbeiließen, der Partei beizutreten, um eine Ehrenstelle zu übernehmen, so wären sie nicht die rechten Männer, und man müßte ihnen den Weg zeigen. Mehr als je zuvor hat der 16. Juni, der die Ernte eines großartig geführten Klassenkampfes war, gezeigt, daß wir mit den glänzendsten Ausblicken in die Zukunft gehen. Aber zu unserm Ziele können wir nur kommen, wenn wir von der bisherigen Richtschnur unseres Handelns uns unter keinen Umständen abdrängen lassen.

Das Resultat des letzten Wahlkampfes ist kein solches, das zum Bremsen auffordert. Im Gegentheil. Und so wird, nachdem wieder einmal die Erörterung dieser Vizepräsidentenfrage, die sehr wider meinen Willen in der geschickten Form aufgerollt wurde, die Gegenseite in der Partei zu scharfem Ausdruck brachte, der Parteitag, „das Parteitong!“ durch eine klipp und klare Abstimmung unsere Feinde zeigen, daß die Hoffnungen, die sie auch an diese Erörterungen wieder knüpften, gründlich ins Wasser gefallen sind. Durch diese Abstimmung muß aber auch ausgesprochen werden, daß die Partei diejenigen entschieden zurückweist, die immer wieder, weil sie den prinzipiellen Boden mehr und mehr unter den Füßen zu verlieren drohen, sich zu gewagten Experimenten oder der Partei unwürdigen Schritten herbeilassen.

Eine Anzahl Genossen wünscht, der Parteitag übergebe die Entscheidung über die Vizepräsidentenangelegenheit der Fraktion. Davon kann und darf nach dem Gange, den diese Erörterung durch Freund und Feind seit vielen Wochen in der Öffentlichkeit genommen hat, keine Rede sein. Ich weiß, auch in der Fraktion unterliegen die Revisionisten. Aber nunmehr ist nur noch der Parteitag der Ort, an dem die Frage vor der Partei und der Öffentlichkeit entschieden werden muß. Die Partei verlangt eine klare Entscheidung; sie will nicht, daß diese Entscheidung auf Monate hinaus verschoben wird, um in den vier Wänden eines Fraktionszimmers erledigt zu werden.

Der Genosse Heymann-Stuttgart hat am letzten Orte geäußert: Der Parteitag sei zur Entscheidung über diese Frage nicht kompetent, sondern nur die Fraktion. Selbstlose Logik! Wäre Heymann bei den letzten Reichstagswahlen Sieger geblieben, so hätte er sich für kompetent, über die Frage zu entscheiden; nachdem er das Pech gehabt hat, zu unterliegen, betrachtet er sich für inkompetent. Man muß also erst zum Abgeordneten gewählt worden sein, um die nötige Erlaubnis zu besitzen. Ich meine, daß, wer nach alledem, was bisher über diese Frage gesprochen und geschrieben wurde, sich noch nicht für kompetent erachtet, darüber zu urtheilen, ehrlicher handelte, seinen Wählern zu er-

Nären: er betrachte sich als einen der Armen am Getriebe und halte sich deshalb für unfähig, ein Mandat für den Parteitag zu übernehmen.

Also: Farbe bekant! Kein Vertuschen, kein Ausweichen mehr!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die neue Flottenvorlage kommt! Im Etat für 1905 ist eine Novelle zum Flottengesetz zu erwarten, welche sich nicht in dem Rahmen der 1900 beabsichtigten Vermehrung der Auslandsflotte hält, sondern darüber hinaus den Rahmen der Flotte erweitern will, weil, wie die „Berl. Neuest. Nachr.“ schreiben, „sich seit 1900 die Verhältnisse zu Ungunsten des Deutschen Reiches verschoben haben.“ — Der Etat für 1904 bringt, wie männiglich bekannt, eine umfangreiche Militärvorlage, der Etat für 1905 dann eine Marinevorlage — es ist wahrlich eine Lust, deutscher Steuerzahler zu sein!

Ein neues Ausnahmengesetz für die sozialdemokratische Presse hat der preussische Justizminister Schönstedt eigenmächtig geschaffen. Wie unser Parteiorgan in Frankfurt a. M., die „Volkstimme“, aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, ist vom Justizminister Schönstedt an sämtliche Staatsanwälte eine Verfügung ergangen, in der dazu aufgefordert wird, die sozialdemokratische Parteipresse genauer, als dies bisher schon der Fall war, zu studieren und mit rücksichtsloser Schärfe jeden Fall zu verfolgen, der nur einigermaßen Aussicht bietet, gegen das betreffende Blatt den Majestätsbeleidigungsprozess anzustrengen. Alle in den sozialistischen Tageszeitungen enthaltenen Artikel, die sich mit der Person des Kaisers oder des einzelnen Landesherren befassen, sollen einer eingehenden Prüfung nach der Richtung unterzogen werden, ob aus ihnen eine beleidigende Absicht der Form, des Inhalts oder den begleitenden Umständen nach zu erkennen ist. Bejahenden Fall soll dann, selbst wenn es sich nur um verdeckte Angriffe gegen die Person des Monarchen handelt, die Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben, insbesondere auch ohne auf eine Prüfung von Fall zu Fall eingehen, ob Fluchtverdacht begründet ist, die Untersuchungshaft gegen den Schuldigen bei dem zuständigen Richter beantragt werden. — Uns dünkt, daß es die Staatsanwälte in Deutschland schon bisher nicht an dem nötigen Schneid in der Verfolgung sozialdemokratischer Blätter haben lassen; wozu also noch der scharfmachende Erlaß des Justizministers? Aber die justizministerielle Verfügung bietet vielleicht schon eine Erklärung für die Haupt- und Staatsaktionen in Berlin und Leipzig, und namentlich in Krefeld, wo man gar aus der Wiedergabe historischer Thatsachen aus dem Mittelalter eine Beleidigung des jetzigen Großherzogs herauszufinden will. Nun, die sozialdemokratische Presse wird sich trotz Herrn Schönstedt und seiner scharfmachenden Staatsanwälte nicht von dem abhalten lassen, was bisher für sie rechtens gewesen ist. Will man die sozialdemokratische Presse unter ein besonders Majestätsbeleidigungs-Lauschammerrecht stellen — nur zu, wir werden ja sehen, wer schließlich am besten dabei fährt: die Monarchie selbst und ihr überreiferen Anhänger oder die Sozialdemokratie. Bei der letzten Wahl ergaben wir erst 3 Millionen Stimmen; warum sollen es nicht bis 1908 vier Millionen werden? Es leben unsere Feinde — unsere Freunde!

Der Fall Rehbein. Wie bereits von uns gemeldet, ist der Berichterstatter beim „Vorwärts“, George Rehbein, Sonnabend Morgen wegen Zeugnisverweigerung verhaftet worden. Beim „Vorwärts“ war vor einigen Wochen ein Brief eines bei einem Berliner Regiment dienenden Soldaten eingegangen, mit Beschwerden über Mißstände in einer bestimmten, genau bezeichneten Kompanie. Gemäß einem Wunsch, der oft vom Räte des Bundesrats geäußert worden ist, ließ der „Vorwärts“ die Sache nicht an die große Glocke, sondern ließ sie durch seinen militärischen Berichterstatter Rehbein der vorgesetzten Militärbehörde zur Prüfung und Untersuchung unterbreiten, natürlich ohne den Originalbrief zu überreichen oder den Namen des beschwerdeführenden Soldaten zu nennen. Zunächst erhielt Rehbein eine sehr höfliche Antwort von dem Obersten des Regiments, um das es sich handelte. Dann wurde ihm für seine Mitteilungen gedankt, jedoch mit dem Hinzufügen, daß leider die Untersuchung nicht geführt werden könne, weil der Berichterstatter unbekannt sei. Natürlich ließ sich Rehbein darauf nicht ein, wurde dann aber nach einiger Zeit vor das Militärgericht geladen, um wieder nach dem Namen des Beschwerdeführers Auskunft zu werden. Auf die abweisende Erwiderung seines Zeugnisses wurde er erst zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt, dann aber am Sonnabend früh aus demselben Grunde verhaftet. Wir können dem „Vorwärts“ nur darin beistimmen, wenn er sagt, das Verhalten gegen seinen Mitarbeiter ist noch unerträglich viel mehr zu verurteilen, als die sonst landesüblichen Fälle des Zeugnisverweigerungsprozesses gegen Zeitungsredakteure. Diesmal ist gar nichts verurteilt worden, sondern die Sache hat die ihr zukommende Wichtigkeit einzufordern, was in dem ihr zunächst so oft angewandten Justizorgan Klarheit und Abhilfe zu bringen. Rehbein hat Hinweis beibehalten oder auch nur angezweifelt, sondern er hat als der Richter über ihn amnestischen Begnadigung schließlich die Militärbehörde ersucht, in ihrem eigenen Interesse eine Untersuchung anzuordnen. Für diese gerade im Sinne der Behörde anzuordnende und auch durch das zur Sicherung weiterer Handlung wird er nur durch Entfernung befreit. Man will ihn verfolgen, man greift ihn Verurteilung zu werden, die Ehrenhaftigkeit des Arbeitnehmers zu brechen und einen neuen Lauf von Soldaten ins Unglück zu führen. Das ist der noble Geist der Militärbehörde, daß einmal ihren eigenen Wünschen nachzugeben nicht durch die Befehle, sondern durch eine persönliche Mitteilung im Geleite gegeben wurde, nach mehreren Mißständen abzufragen. Der Reichsrat wird seinen Willen nicht durchsetzen, er wird das eine oder zwei Mal nicht durchsetzen, nach dessen Willen er nicht. Möglich, wie er sein mag, wird er an der Spitze

eines Ehrenmannes scheitern. Aber den Volksmassen wird sich diese Glanzleistung des militärischen Geistes mit Flamme zügen ins Herz schreiben. Selbst der nationalliberalen, konservativen und scharfmacherischen Presse wird ob des neuen Falles von Zeugnisverweigerung unheimlich zu Mute. Der „Nat. Korresp.“ erscheint dieser Fall von Zeugnisverweigerung „ganz unglücklich“, und sie hofft, daß die Mitglieder unserer (d. h. nationalliberalen) Reichstagsfraktion diesem Zeugniszwang energisch zu Leibe gehen; allerdings wohl eine völlig vergebliche Hoffnung, denn der nationalliberale Muth wird kaum bis zur Verhandlung im Reichstage anhalten. Die konservative „Tägl. Rundschau“, die das Verfahren mit großer Entschiedenheit bewirkt, schreibt: „Eine Auslieferung hätte der Briefschreiber als Verrat empfunden müssen, und der „Vorwärts“ mußte eine solche Handlungsweise ablehnen, wie sie auch jedes bürgerliche Blatt abgelehnt hätte. Zudem lag ein zwingender Grund, den Namen des Briefschreibers zu erfahren, für die Militärbehörde gar nicht vor: den Mißständen konnte auch ohne diese Kenntnis zu Leibe gegangen werden. Eine sofortige Rücknahme der Maßregel ist das einzige, was den großen Fehler einigermaßen wieder gut machen könnte.“ Und schließlich sei noch das Urtheil der Berliner „Neuesten Nachr.“ zitiert, denen sonst ein Vorgehen gegen die Sozialdemokratie niemals brutal genug sein kann; sie nennen das Verfahren ein „unmoralisches Mittel“ und schließen: „Durch solche falsche Maßregeln werden nur falsche Märtyrer geschaffen und wird Wasser auf die sozialdemokratischen Mühlen geleitet.“

Die Reichstagswahlen und die Parteien. In einem jeden erschienenen Sonderheft veröffentlicht das Kaiserliche Statistische Amt eine auf Grund der Berichte der Wahlkommission aufgestellte „Vergleichende Uebersicht der Reichstagswahlen von 1898 und 1903“, in welcher die Vertheilung der abgegebenen gültigen Stimmen auf die einzelnen Parteien nachgewiesen wird. In allen Fällen sind den absoluten Zahlen die Verhältniszahlen beigefügt. Eine zweite Tabelle wiederholt diese Angaben zusammengefaßt für preussische und bayerische Regierungsbezirke und Bundesstaaten. Für das ganze Reich lauten die Angaben:

1898	
Bevölkerung	52 279 901
Wahlberechtigte	11 441 094
Abgestimmt haben	7 786 714 = 68,1 pSt.
Nicht abgestimmt haben	3 654 380 = 31,9
Gültige Stimmen	7 782 693
Davon erhielten:	
Sozialdemokraten	2 107 076 = 27,2
Zentrum	1 455 139 = 18,8
Nationalliberale	971 302 = 12,5
Konservative	859 222 = 11,1
Reichspartei	343 642 = 4,4
Freiwirtschaftliche Volkspartei	558 314 = 7,2
Freiwirtschaftliche Vereinigung	195 682 = 2,5
Deutsche Volkspartei	108 528 = 1,4
Polen	244 128 = 3,1
Antisemiten*)	254 250 = 3,3
Bund der Landwirthe	110 388 = 1,4
Bauernbund	140 304 = 1,8
Andere Parteien**)	268 234 = 3,5
Unbestimmt	92 637 = 1,2
Zerstückelt	13 846 = 0,2

1903	
Bevölkerung	56 367 178
Wahlberechtigte	12 531 248
Abgestimmt haben	9 533 794 = 76,1 pSt.
Nicht abgestimmt haben	2 997 454 = 23,9
Gültige Stimmen	9 496 787
Davon erhielten:	
Sozialdemokraten	3 010 771 = 31,7
Zentrum	1 875 292 = 19,7
Nationalliberale	1 313 051 = 13,8
Konservative	948 448 = 10,0
Reichspartei	333 104 = 3,5
Freiwirtschaftliche Volkspartei	542 536 = 5,7
Freiwirtschaftliche Vereinigung	243 230 = 2,6
Deutsche Volkspartei	91 217 = 1,0
Polen	347 784 = 3,7
Antisemiten*)	244 543 = 2,6
Bund der Landwirthe	118 759 = 1,2
Bauernbund	111 375 = 1,2
Andere Parteien**)	248 024 = 2,6
Unbestimmt	55 249 = 0,6
Zerstückelt	11 884 = 0,1

*) Deutschsoziale Reformpartei, Christlichsoziale.
**) Linauer, Rationalsoziale, Dänen, Welfen u.
Die Zahlen reden eine deutliche Sprache und zeigen, daß die Parteien, die die Minister stellen, im Volke jeden Anhang verlieren. Die beiden konservativen Parteien, die 1897 noch 24,8 Proz. der Wähler hinter sich hatten, schmelzen von Wahl zu Wahl immer mehr zusammen und haben jetzt nur noch 13,5 Proz. der Wähler hinter sich. Den Vertretern dieser Interessengruppen überläßt man durch das bestehende Unrecht die Herrschaft in den Einzelstaaten. In Preußen, Sachsen und Mecklenburg überläßt man ihnen allein die Herrschaft. Besonders lehrreich ist die amtliche Statistik, wenn man die Wahlen als ein Volksgericht über die Brodwanderei ansieht. Die extremen Anhänger der Höllewanderei sind die Konservativen, die Reichspartei, die Antisemiten, der Bund der Landwirthe und der Bauernbund. Diese Gruppen, welche 1898 noch über 22,4 Proz. der Wähler verfügten, schmolzen auf 18,5 Proz. zusammen. Die beiden Volksparteien, die bei der Bekämpfung des Wucherzins als spätere Kantonsführer den Höllewändlern Handlungsmuster lieferten, gingen von 8,6 Proz. auf 6,7 Proz. zurück, während die energischen Gegner der Brodwanderei, die Sozialdemokraten und freiwirtschaftliche Vereinigung von 29,7 auf 34,3 Proz. stiegen. Zentrum und Nationalliberale, die im Reichstage geschloßen für die Kartellpartei eintraten, verloren nicht unter diesem Gesichtswinkel betrachtet werden, weil sie bei der Wahl das selbst angebrachte Brandmal verdeckten. Die Anhänger des Zentrums verlagerten von den Katholiken, daß sie für einen Zentrumskandidaten stimmten, um dadurch zu verhindern, daß sie Gegner des Jesuitengesetzes seien. Aber trotz der Zahlensprüche im ganzen Lande, trotz des Hochzinses, mit dem gearbeitet wurde, brachte es das Zentrum, welches 1877 auf 27,2 Proz. der Stimmen gelangt hatte, nur noch auf 19,7 Proz. Rückwärts geht es mit den Nationalliberalen. Auch ihre Glanzzeit ist längst vorüber. 1871 hatten sie 30,1 Proz. und noch 1887 brachten sie auf 22,3 Proz. Oben in großen Kathedern an den ab-

gegebenen Stimmen, wie die Sozialdemokratie dieses Mal erlangte, hat nie eine Partei gehabt, während wir 1898 schon eine Stimmenzahl erlangten, die von keiner Partei erreicht war.

Eine neue feldgraue Uniform ist für das deutsche Heer für den Felddienst geplant. Nach der offiziellen „Münchener Allg. Ztg.“ hat die Farbe des neuen Stoffes große Ähnlichkeit mit der der Kavallerieuniform und der der Uniformen der preussischen Maschinengewehr-Abtheilungen. Sie erscheint wie ein Gemisch von grauen, grünlichen und bräunlichen Farbtönen. Es werden nicht nur die litwischen ähnlichen Waffenträger, sondern auch die Weinfelder in dieser Farbe hergestellt. Die Knöpfe werden in gleicher Farbe gehalten werden. Diese neue Uniform soll nur für den Felddienst in Betracht kommen, während die bisherigen Uniformen für den Garnisonsdienst beibehalten werden. — Für die Kosten dieser Uniform-Reform müssen natürlich die Steuerzahler aufkommen.

Abänderung der Maß- und Gewichtsordnung. Schon vor einiger Zeit wurde in der offiziellen Presse mitgeteilt, daß dem Reichstage in der nächsten Gesetzgebungsperiode eine Novelle zur Maß- und Gewichtsordnung zugehen werde. Wie jetzt weiter berichtet, geht der Entwurf, den Begriff der Maß- und Gewichts-Verpflichtung anders und weiter zu fassen. Es sollen mehr Maß- und Gewichts-Verpflichtungen als bisher der Verpflichtung zur Abrechnung unterworfen werden. So beispielsweise Wassermesser u. Dem Bundesrath soll das Recht zustehen, die Reihe der eiseren Maßungs-Verpflichtung unterliegenden Gegenstände zu erweitern. Dem vielfach zum Ausdruck gebrachten Wunsche, die bestehende Maß- und Gewichtsordnung auch dahin abzuändern, daß Brennmaterial lediglich nach Gewicht verkauft werde, dürfte schwerlich Rechnung getragen werden. Bei Erörterung dieser Frage haben sich so große technische Schwierigkeiten ergeben, namentlich wegen der physikalischen Eigenschaften des Brennmaterials, d. h. des Verhaltens der Feuchtigkeit gegenüber, daß, wie schon einmal vom Bundesrath bemerkt wurde, auch der preussische Handelsminister, welcher früher auch sehr geneigt war, einen Verkauf nach Gewicht zu befürworten, davon wieder zurückgekommen ist.

Ueber eine Prüfwitzerei, die sich zwar schon im Juli ereignete, jetzt aber erst bekannt wird, berichtet man dem „Vorm.“ aus Bromberg: Ein in Bromberg wohnender Maurermeister F. begegnete, als er in später Abendstunde nach Hause ging, einem Leutnant mit zwei Damen. Aus Versehen freifte er eine der Damen ein wenig am Armel. „Altes beloffenes Schwein!“ schrie ihn der Leutnant sofort an. Der Meister diente mit einer Retourkutsche und ging weiter. Kaum hatte er jedoch einige Schritte zurückgelegt, als er von dem Offizier heftige Säbelhiebe über den Kopf erhielt, die ihn blutende Verletzungen beibrachten. Der Angegriffene setzte sich zur Wehre und erhielt dabei noch mehrere Verletzungen, die ihn noch jetzt an der Wahrnehmung seiner Berufsgeschäfte hindern. Die Untersuchung ist eingeleitet, der Offizier soll vorläufig vom Dienste suspendirt sein. Nach dieser Darstellung, die von verschiedenen Seiten bestätigt wird, hat also der Offizier einen wehrlosen Mann, den er zuvor ungehörig beschimpft hatte, von hinten mit dem Säbel angegriffen und ihn so verletzt, daß er wochenlang krank und in seinem Gewerbe gehindert ist. Wir werden wohl erfahren, wie das Kriegsgericht den Fall beurtheilen wird.

Der Lauruschütters Kravallprozess. Vor der Ferienkammer in Weutheben begann Dienstag die auf fünf Tage berechnete Verhandlung gegen 66 Theilgenosse an den Ausschreitungen in Lauruschütte aus Anlaß der am 21. Juni dort stattgehabten Zentrumswählerversammlung. Es sind meist sehr jugendliche Bergarbeiter und zwei Schüler im Alter von 12 und 13 Jahren wegen Aufzuges, Landfriedensbruches, Erregung von Aufstand und Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt. Unter den Angeklagten befinden sich auch der Vater und der Bruder des Abgeordneten Korfanty und der Redakteur Wicik. 27 Angeklagte wurden aus der Haft vorgeführt. Es sind 63 Zeugen geladen. Der Aufbruch und die Personalverfestigung dauerten bis 12 Uhr, worauf die Vernehmung begann. Die Angeklagten bestritten zumest ihre Schuld.

Todesmarche. Wie die „Königsb. Hart. Ztg.“ meldet, sind auf dem Wandergelände bei Tollaach 32 Mann, meist Reservisten vom Regiment Friedrich Wilhelm I. aus Königsberg, schwer erkrankt. Drei Soldaten (nach anderer Meldung gar 13) sind am Hitzschlag gestorben. Bei Alt-Wartenburg kamen, der „Erm. Ztg.“ zufolge, ebenfalls zahlreiche Hitzschläge vor. Es sollen zwei Mann todt und mehrere krank ins Hospital gebracht worden sein. Indessen scheinen die Todesmarche keine preussische Spezialität zu sein; wenigstens meldet man unserem Münchener Parteiorgan aus Babenhäuser: Bei dem Brigademanöver in unserer Gegend sind fünf Mann des 20. Inf. Regiments vom Hitzschlag betroffen worden. Die Leute liegen nun schwer krank im hiesigen Krankenhaus. Ein Einjährig-Freiwilliger hat seinen Kompagnieführer dreimal gebeten, austreten zu dürfen, was ihm jedoch verweigert wurde. Gerade diesen Mann traf hernach auch der Hitzschlag. Die Entlastung über diese Vorkommnisse ist in der ganzen Bevölkerung ebenso allgemein wie das Mitleid mit den armen Opfern.

Die Quelle einer „Majestätsbeleidigung“. Die angebliche Majestätsbeleidigung, welche die „Leipz. Volkstz.“ und zwei andere sächsische Parteiblätter durch Wiedergabe einer Notiz aus einer Wiener Zeitung begangen haben sollen, wird erst interessant, wenn man die Quelle der Mittheilung kennt. Wie aus dem Bericht wird, stammt die Notiz aus der dortigen „Korrespondenz-Wilhelm“. Das ist die offiziöse Wiener Polizeikorrespondenz und als solche die bestbeglaubigte Lokal-Korrespondenz Wiens, deren Mittheilungen von allen Blättern als halbamlich ohne Nachprüfung übernommen werden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung in Wiederholungsfall wurde von der Strafkammer in Liegnitz der Arbeiter Kaminsky aus Ruffisch-Polen zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt. — Zu ebenfalls sechs Monaten Gefängnis verurtheilte die Strafkammer in Dortmund den Bergmann Karl Bogt aus Marzen, der in der Trunkenheit den Kronprinzen beleidigt hatte; von der Anklage der Beleidigung des Kaisers erfolgte dagegen Freisprechung. — Wegen Majestätsbeleidigung wurden nach den „Berliner Reichs Nachrichten“ bei Antritt des Kaiserpaars auf dem

Hauptbahnhof in Halle am Sonntag zwei Männer und drei Frauen „von außerhalb“ verhaftet.

Kleine politische Nachrichten. Der Wahlverein der Liberalen, d. h. die Freisinnige Vereinigung, hält am 10. und 11. Oktober in Berlin eine Generalversammlung ab, um die organisatorischen Konsequenzen, die sich aus dem Anschluß der Nationalsozialisten an die Freisinnige Vereinigung ergeben, zu ziehen. Außerdem wird auf diesem Parteitage zur Erörterung kommen, welche grundsätzliche Haltung zur Frage der Zusammenwirkung mit der Sozialdemokratie bei der preussischen Landtagswahl angenommen werden soll. — Der Reichsgerichtspräsident Dehlschlager gedenkt demnächst in den Ruhestand zu treten. — Mehr als zwanzig Millionen Mark beträgt, wie aus Breslau gemeldet wird, nach jetzt beendeten Schätzungen der Schaden, den in der Provinz Schlesien die letzte Hochwasserkatastrophe verursacht hat. Insgesamt waren 81000 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche überschwemmt gewesen. Größere Summen baaren Geldes sollen den Nothleidenden am 1. Oktober übergeben werden, um ihnen die Zahlung der fälligen Hypothekenzinsen zu ermöglichen. — Im Mandovergelände in Steinbach erschob sich der Unteroffizier Julius Hess von der 1. Kompagnie des 51. Infanterieregiments aus vorläufig noch unbekanntem Gründen. — Der Kongress für Volkshygiene in Brüssel hielt Dienstag seine letzte Sitzung ab und wählte Berlin zum Ort des nächsten Kongresses, der im Jahre 1897 stattfinden wird. — In Michabod sind acht Kanus aus Beludschistan eingetroffen, die bei dem Gouverneur des Transbaikalgebiets dahin vorstellig werden wollen, daß Rußland sie gegen Uebergriffe der Engländer schütze. — Die Feinerzeit bei der Beschlagnahme japanischer Fischereifahrzeuge bei Kamtschatka inhaftierte Offiziere wurden auf direktes Eingreifen des Admirals Alexejew in Wladivostok freigelassen.

Dänemark.

Der Plan einer allgemeinen Ausperrung in der dänischen Eisenindustrie ist durch Verhandlungen, die am Freitag zwischen den Ausschüssen der Arbeitgebervereinigung und des Verbandes der Gewerkschaften sowie zwischen den Vertretern der Organisation der Eisenindustriellen und des Schmiede- und Maschinenarbeiterverbandes stattgefunden haben, beseitigt worden.

Spanien.

Eisenbahnerausstand. In Madrid traten insolge Entlassung mehrerer Genossen 3000 Eisenbahnarbeiter in den Ausstand. Polizei und Gendarmerie bewachen Bahnhöfe und Räte.

Serbien.

Die Lage in Serbien ist andauernd sehr ernst. Zwar werden die Gerüchte von einem Attentat, das gegen Peter I. versucht worden sein sollte, offiziell als vollkommen unbegründet bezeichnet, aber mit aller Bestimmtheit wird berichtet, daß der König täglich Drohbriefe erhalte, in denen er aufgefordert wird, die blutige Krone abzulegen, welche ihm seine Mordmörder auf seine Haupt gesetzt hätten. Der König soll selbst geäußert haben, er befinde sich in furchtbarer Situation; jede Nacht bedeute für ihn eine nicht endenwollende Ewigkeit. Inzwischen dauern die Verhaftungen und Führung im Offizierskorps unvermindert fort. Montag Abend wurde in Belgrad der Rittmeister Kontsewitsch, Ordnungsoffizier des Königs Alexander, verhaftet; er erklärte bei dem Verhör, er habe nichts unterzeichnet, handele aber solidarisch mit seinen Kameraden, die die Verhaftung der Verschwörer fordern. In Niß wurde ein Hauptmann verhaftet. In einem Cafe-Chantant in Belgrad kam es zu Streitigkeiten zwischen Offizieren. Ein Hauptmann zog den Revolver, wobei er sich selbst verwundete. Unter Schreien auf König Alexander ließ er sich dann von einer Patrouille abführen. — Der wegen Auslieferung eines geheimen Mobilisierungsplanes kürzlich verhaftete serbische Oberleutnant Michailowitsch wurde zu fünfzehn Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Bulgarien.

Die Neuwahlen für die Sobranje sind auf den 18. Oktober anberaumt worden. — Nach Meldungen, welche in Sofia eingetroffen sind, ist angeblich Boris Sarafow, die Seele der aufständischen Bewegung in Mazedonien, in der Nähe von Monastir insolge Verfalls ermordet worden. Die Nachricht bedarf noch dringender Bestätigung.

Balkan.

Zu blutigen Prügeleien ist es Sonntag in Beirut gekommen. Eine große Anzahl Mohamedaner drang in das Christenviertel Mezraa ein, und in dem Handgemenge, das insolge dessen entstand, wurden zehn Christen, darunter ein Amerikaner, getödtet, und zehn schwer verwundet. Nach dem Bericht des amerikanischen Gesandten wurden dagegen bei den Unruhen 7 Christen getödtet und zwei christliche Häuser von türkischen Truppen geplündert. In der Stadt herrscht eine Panik, weshalb, wie verlautet, einige Großmächte Kriegsschiffe nach Beirut senden wollen. Inzwischen haben aber bereits einige Vortragsvorstellungen bei der Botschaft wegen der Beirut Vorfälle erhoben. Der türkische Minister des Aeußern soll darauf, wie die italienische offiziöse „Agenzia Stefani“ meldet, erklärt haben, er habe dem vortigen Wali Befehle gegeben, die jede Gefahr neuer Unruhen hintanzuhalten. Nach den Mittheilungen des Balkan seien die Ereignisse überhaupt nicht so ernst. Es sei nur ein Christ getödtet und einer verwundet worden; ferner sei ein türkischer Soldat getödtet, drei weitere verwundet worden.

Vereinigte Staaten.

Roosevelt, der auf's Neue für den Präsidentenposten kandidiert, bedarf anscheinend der Klärung. Nur so ist es wohl auch zu erklären, wenn in letzter Zeit mehrfach Nachrichten über angebliche, auf ihn bezügliche Attentate von jenseits des Ozeans kommen. So wurde wieder Montag in Syracuse (Staat New York) ein arbeitsloser 35-jähriger Former John Miller, ein Vater von vier Kindern, der vor 12 Jahren aus Deutschland eingewandert ist, von der Polizei verhaftet, weil ihn eine Frau Smith und ihr 15-jähriger Sohn demüthigt haben, er, Miller, habe ihnen Roosevelts Bild gezeigt und gesagt: „Ich bin ein schlechter Kerl; ich werde Montag den Präsidenten erschießen“. Der Schuß sollte bei einem Roosevelts zu Ehren veranstalteten

Arbeiter-Anzuge fallen. Da sicherlich Niemand so einseitig sein wird, falls er wirklich ein derartiges Attentat planen sollte, einer schwächlichen Frau auf die Nase zu binden, wann der Schuß losgehen soll, so scheint es sich bei dem ganzen Attentatslärm entweder lediglich um eine dumme Wache der Polizei oder auch um eine gehässige, grundlose Denunziation eines rachsüchtigen Weibes zu handeln. Miller selbst leugnet, irgendwie eine ähnliche Drohung ausgestoßen zu haben.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 9. September.

Die Wahrhaftigkeit der „Lübeckischen Anzeigen“ tritt wieder einmal klar zu Tage, anlässlich einer Notiz, in der behauptet wird, der sozialdemokratische Stadtverordnete Rauh in Ohligs habe bei einem Festessen begünstigt in das Kaiserhoch eingestimmt und die erste Strophe des „Seil Dir im Siegestrauz“ mitgesungen. Schon vor einiger Zeit machte diese Notiz ihre Runde durch die bürgerliche Presse. Unser Solinger Parteiorgan stellte darauf fest, daß ein bürgerlicher Zeilensänger sich diese Behauptung aus den Fingern gelogen hatte und daß die Notiz erlogen war. Nunmehr frischen die „L. A.“ diese ollen Kamellen wieder auf, lediglich um der Sozialdemokratie ein ausmischen zu können; hierbei schreit man nicht einmal vor festgestellten Lügen zurück. Eine solche gemeine Kampfesweise des hiesigen national-liberalen Organs verdient, an den Pranger gestellt zu werden.

Der Mensch muß sich zu helfen wissen, so denkt jedenfalls auch Herr Heise. Er ist trotz seines Freisinn ein eifriger Bismarckswärmer, kann aber aus Gehärsrüchlichkeiten dieser seiner Schwärmerei im lokalen Theil seines Blattes keinen Ausdruck verleihen. Was liegt da näher, als sich unter der Maske eines „Einsenders“ dem gepreßten Herzen Luft zu machen. Hier braucht er sich keine Beschränkungen aufzulegen. So finden wir in der letzten Ausgabe des freisinnigen Weltblattes einen Artikel über den Bismarckrummel, der nach unserer Meinung nur den Redakteur selbst zum Verfasser haben kann. In diesem Artikel jauchzt der Verfasser zunächst wie ein alter Vater die Sozialdemokratie resp. uns an, um dann das auch für unsere Leser interessante Zugeständnis zu machen: „Es hieße unehrlich sein, zu behaupten, die Enthüllungsjahr hätte unter allseitiger Antheilnahme der Bevölkerung ihren Lauf genommen.“ In diesen Zeilen, die sich allerdings aus freisinniger Feder sehr unfeinlich ausnehmen, liegt bestätigt, daß sich vor dem Bismarck-Denkmal zwei Welten scheiden: die Welt der Herrschenden und die Welt der Ausgebeuteten und Unterdrückten!

Die „dicken“ Babys. Auf der Straße stehen drei junge Mütter beieinander. Zwei von ihnen tragen ihre Kleinen auf dem Arme, die dritte nicht mit heiterem Gesicht ihrem erst wenige Monate alten Guckindermel im Wagen zu. Sie unterhalten sich, die drei Mütter. Worüber? Natürlich über ihre Babys. Es ist ja eine bekannte Geschichte, daß jede Mutter glaubt, das schönste, beste und gesundeste Kind zu haben. Und es ist das Streben aller jungen Mütter, ihre Sprößlinge im Säuglingsalter den lieben Angehörigen und Bevattern in recht wohlgenährtem oder vielmehr, was sie dafür halten, jettem Zustande zu zeigen. Ganz allgemein ist der Glaube verbreitet, daß das Körpergewicht eines Säuglings einen geraden und zuverlässigen Maßstab für seine Gesundheit abgibt. Bei den berühmten Baby-Ausstellungen bekommt auch stets das fetteste Kind den Preis. Mit launigen Worten hat neulich ein Arzt im Journal der Amerikanischen medizinischen Vereinigung diese Sachlage gekennzeichnet: „Die Mütter sind besonders stolz auf ihre jungen hoffnungsvollen Kleinen, wenn sie eine Masse von Wülsten und Fettpolstern, unterbrochen durch Grübchen und Falten, darstellen, die die eigentliche Anatomie des Körpers gänzlich zum Verschwinden bringen und die Kinder zu formlosen kleinen Massen von Menschlichkeit machen.“ Es entzieht nun für jeden nachdenkenden Menschen die Frage, ob wirklich für ein Kind diese körperliche Beschaffenheit ein Zeichen von Gesundheit ist. Verständige Aerzte sind längst dahin gelangt, den jungen Müttern die Augen darüber zu öffnen, daß sie sich über einen übermäßigen Fettsatz an ihren Babys durchaus nicht zu freuen haben. Bei einer tieferen Erkrankung ist das Fett, das alle Organe des Kindes einschließt, stets ein wesentliches Hindernis für eine schnelle Heilung. Außerdem sind fette Kinder, wenn nicht Anstreckungen, so doch sicher Erkrankungen und den gewöhnlichen Kinderkrankheiten stärker ausgesetzt als andere von mehr menschlicher Gestalt. Namentlich im Sommer zeigt sich die Wahrheit dieser Thatsache mit aller wünschenswerthen Schärfe. Die fetten Kinder schwitzen in dieser Jahreszeit mehr, sie werden leichter wund, sie schlafen schlechter und sind bei irgend welcher ernsten Erkrankung Kernenszufällen mehr ausgesetzt. Es kann leider nicht bezweifelt werden, daß die Aerzte an den bei den Müttern eingewurzelten falschen Vorstellungen insofern eine Mitschuld tragen, als sie sie entweder gefördert oder wenigstens nicht bekämpft haben. Das muß anders werden, und es ist eine Pflicht weiterer Kreise, die Aufklärung zu verbreiten, daß ein Kind von geringerem Gewicht, aber festem Körperbau viel gesünder und widerstandsfähiger ist als ein kleiner Fettklumpen.

Die Kriegspielerei. Man öber genannt, scheint auch in diesem Jahre wieder nicht ohne Erkrankungen abzugehen. Nach verschiedenen Meldungen aus dem Mandovergelände sind dort Erkrankungen und Unfälle zu verzeichnen. Verschiedene Soldaten sollen vom Hirschlag betroffen und einer schon verstorben sein, während ein anderer Soldat schwer krank darnieder liegen soll. Ferner sollen zwei Dragoner leicht gestürzt und einem Militär-Kadett von einem Vagabundenwagen beide Füße überfahren worden sein. Es hält ja außerordentlich schwer, die Wichtigkeit dieser Meldungen festzustellen. Dennoch können wir trotz des Dementis des „L. A.“ nach dem alles wohl ist, konstatieren, daß am Sonntag Nachmittag am hiesigen Bahnhof ein Soldat des hiesigen Regiments anscheinend im schwerkranken Zustande — er wurde in einem Tragkorb transportiert — aus dem Mandovergelände hier angekommen ist. Zwei weitere Soldaten, die den Transport mit begleiteten, befanden sich augenscheinlich in einem ganz maroden Zustande. Der schwerranke Soldat litt von einem Hirschlag getroffen worden sein. Unter diesen Umständen nimmt sich das Dementi des „L. A.“ recht sonderbar aus.

Nur eine kurze Spanne Zeit hatte sich der von der Augenarbeit entwöhene Karrigende Böhme der goldenen Freiheit zu erfreuen. Am Montag wurde er in Reinfeld ermittelt und dem Arbeitshause wieder zugeführt.

Die Einnahme aus der Straßsäule soll am 17. September, 12 Uhr, im Rathhause öffentlich meistbietend verpachtet werden. Die Verpachtung erfolgt bis zum 1. Oktober 1906. Die Pachtbedingungen sind vom 10. September 1906

an auf dem Bureau des Finanzdepartements — Rathhaus, Zimmer Nr. 13 — und beim Hafemeister zur Einsicht ausgelegt. Würde es nicht richtiger gewesen sein, wenn man anlässlich des Ablaufes des bisherigen Pachtvertrages die Verstaatlichung des Fährwesens und Hand in Hand damit gehend, eine Verbesserung derselben vorgenommen hätte? Ueber die Nothwendigkeit der Letzteren bestehen wohl keine Zweifel mehr.

Die Kaninchen-Ausstellung, welche der Kaninchenzüchter-Verein von Lübeck und Umgegend am Sonntag und Montag in Kiel's Etablissement an der Israelsdorfer Allee veranstaltet hatte, legte in allen ihren Theilen berechtigtes Zeugniß davon ab, wie sehr sich die Zucht dieses nutzbaren Thieres in hiesiger Gegend immer mehr hebt, dank vor allem der unermüdbaren Thätigkeit des Vereins. Die Ausstellung wies in schönen, neuen Käfigen eine große Anzahl stattdlicher und prächtiger Nutz- und Rasse-Kaninchen auf, vom gewöhnlichsten Schlachtkaninchen bis zum schönsten Angora, ganz zu geschweigen von den belgischen Riesen und den zierlichen, mehrfarbigen, edelköpfigen Japanern. Der Besuch war besonders Sonntag Nachmittag recht zahlreich; auch wurden vielfach Verkäufe durch das Komitee abgeschlossen. Der Senat hatte, wie auch im Vorjahre, eine Summe, diesmal 100 Mark, zu Ehrenpreisen hergegeben, sodas im Ganzen 15 Ehrenpreise, 6 erste, 12 zweite und 24 dritte Preise, sowie 23 lobende Anerkennungen an die Aussteller vertheilt werden konnten. Alles in allem kann der Verein, der die Ausstellung veranstaltet hatte, mit großer Befriedigung auf sein Werk zurückblicken; hoffentlich ist auch das finanzielle Ergebnis ein zufriedenstellendes gewesen.

Aus dem Gerichtssaal. Ein netter Sohn ist der Komant 3. Derselbe zog es vor, anstatt sich seiner weiteren Ausbildung zu widmen, seine freie Zeit in lotharer Gesellschaft zu verbringen. Da hierzu aber die vorhandenen Geldmittel nicht ausreichten, führte er einen sehr schlechten Streich gegen seinen Vater aus. Dieser hatte in einem Schrank ein Sparbüchlein über 1700 Mark aufbewahrt. Um nun in den Besitz dieses Buches zu gelangen, öffnete er den Schrank durch Lösen der Schrauben aus der Schranktür. Alsdann erhob er auf das Buch einen Betrag von 600 Mark und legte hierauf das Buch wieder auf seinen alten Platz zurück. Das Geld brachte er in 14 Tagen durch. Als er nichts mehr zu beissen hatte, stellte er der Behörde. Die Ferienkammer erkannte gegen den leichtsinnigen Menschen auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahr. — Zu sechs Monaten Gefängnis wurde der vorbestrafte Schlosser M. verurtheilt, weil er seinem Schloßbesitzer unter gewaltsamer Öffnung eines Kleiderschranks und eines Handkoffers verschiedene Gegenstände entwendet hat.

Die Wasserwärme des Fränkenteiches betrug gestern 15° Grad C.

Logischschwinder. Ein hiesiger Gastwirth brachte zur Anzeige, daß ein bei ihm wohnhafter Tabaspinner aus Kopenhagen unter Hinterlassung einer Logischschuld von ca. 100 Mk. heimlich ausgerückt sei. Der Tabaspinner habe sich auch der Unterschlagung einer ihm geliehenen Taschenuhr schuldig gemacht. Letztere trage auf der Innenseite des Deckels den Namen „G. Lorenzen, Lübeck.“

pb. Mittelmittel Fahrradwader. In letzter Nacht hielt ein auf Patrouille befindlicher Schutzmann in der Schwartauer Allee einen Radfahrer an, welcher keine Laterne an seinem Rade führte. Bei der Aufnahme der Personalien verwickelte sich der Radfahrer in Widersprüche und gestand schließlich, daß er das Rad in Gütin gestohlen habe. Dasselbe trägt die Marke „Orphee“ und die Fabriknummer 32722. In der Sattelstange befinden sich ein Fahrradschloß, 3 Schlüssel, 1 Fleischhachtel, 1 Delfanne und 1 Lupinwurz.

pb. Eigenthumsvergehen. Ein Schlachtergeselle aus Bayern, welcher z. Z. in einer hiesigen Herberge wohnhaft ist, brachte zur Anzeige, daß ihm in der Nacht vom Montag auf Dienstag aus seinem Schlafraum ein Portemonnaie mit ca. 25 Mk. Geld gestohlen worden sei.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Hamburg sind erhebliche Unterschlagungen im Kaubetrieb seitens mehrerer Schuppenreiber festgestellt worden. Dieselben fälligen z. B. die Lohnlisten auf jede mögliche Art und Weise. Durch einen Zufall kam die Sache ans Tageslicht. — Eine Wasserhose ging Sonntag über Hamburg und Umgegend nieder. Eine Anzahl Kuder- und Segelbörte wurden durch dieselbe zum Kernern gebracht. Zwei Personen sind leider dabei ertrunken. — Das Reichsgericht hat die Revision des vom Schwurgericht zu Altona wegen Mordes zum Tode verurtheilten Schlachters Mailan verworfen. — Der Kaufmann Hankel in Dorum bei Cuxhaven, gegen den, wie gemeldet, ein Raubmordversuch unternommen wurde, ist seinen Verletzungen erlegen. Mehrere der That verdächtige Personen sind verhaftet worden.

Hamburg. Von Stufe zu Stufe gesunken. Hier wurde kürzlich eine 30-jährige Frau verhaftet, die gebettelt hatte. Als ein Schutzmann sie verhaften wollte, legte sie sich so energisch zur Wehr, daß sie mit Mühe überwältigt und gefesselt zur Wache gebracht werden mußte. Dann brachte man die Frau, die den gebildeten Ständen anzugehören schien, zur Vernehmung aufs Stadthaus. Man sieht es der Arrestantin an, daß sie eine bessere Lage gesehen hat. Sie ist von großer Gestalt und hat ein Gesicht, das ehemals sehr hübsch gewesen sein muß, jetzt aber durch Entbehrungen, und namentlich vom vielen Trinken, ungemein verloren hat. Es wurde denn auch aus den Papieren der Frau bald festgestellt, daß sie die Gattin eines ehemaligen hiesigen Bürgermeisters einer ostpreussischen Stadt ist. Der Gatte wurde wegen Schulden und Veruntreuungen verhaftet und verurtheilt und sitzt gegenwärtig in Strafe ab. Die Frau verließ die Stadt, ging nach Berlin, geriet dort in lockere Gesellschaft und fiel. Später folgte sie einem Manne nach Amerika. Dort verließ ihr Geliebter sie, die nun zur Straferbin wurde. Vor einiger Zeit kam die ehemalige Frau Bürgermeister nach Deutschland zurück. Hier trieb sie sich umher, bis ihr Gesicht sie erlitt. Wegen Bettelns und Beamtenbeleidigung wurde sie dem Amtsgericht zugeführt. Das Ende ist das Arb. Haus.

Notiz. Einer indirekten Majestätsbeleidigung soll sich unser Mecklenburger Parteiorgan durch einen anlässlich der Einverleibung Bismarcks veröffentlichten Artikel „Deforationspolitik“ schuldig gemacht haben. In dem Artikel waren geschichtliche Erinnerungen aufgeführt, durch welche einige mecklenburgische Herzöge, die vor 200 und mehr Jahren regierten, gerade nicht in ein sehr günstiges Licht gerückt werden. Die Staatsanwaltschaft behauptet nun, durch diese geschichtlichen Rückblicke sei der jetzige Großherzog beleidigt.

Odenburg. Aus einem staatlichen „Muster“-Betrieb. Die Maschinenpuffer der Odenburgischen Eisenbahn haben eine Arbeitszeit von „nur“ 18 Stunden. 20 dieser Arbeitsbienen arbeiten 18 Stunden, 10 Mann Wochentags und Sonntags 10 Stunden. Und da bestreite noch Jemand, daß Staatsbetriebe Musterbetriebe seien!

Odenburg. Der Verfasser der Minister-

Die Meinungsfreiheit in der Partei.

Unter dieser Ueberschrift erhält, wie bereits kurz gemeldet, die „Leipz. Volksztg.“ vom Genossen **Webel** folgende Mittheilungen:

Bekanntlich veröffentlichten kürzlich die Fürstenwalder Genossen eine Resolution, in der sie den Vorschlag machten, die Frage nach der Taktik der Fraktion im künftigen Reichstag auf die Tagesordnung zu setzen, wozugehen sich der Parteitag mit einer so unbedeutenden Angelegenheit, wie es die Vizepräsidentenfrage sei, nicht zu sehr beschäftigen möge. Ich antwortete den Fürstenwalder Genossen durch einen Artikel, den die „Leipziger Volkszeitung“ in Nr. 194 („Lübecker Volksbote Nr. 199“) veröffentlichte. Darauf erwiderten die Fürstenwalder Genossen in einer Erklärung:

Ich hielt es darauf für angemessen, eine abermalige Erklärung an den „Vorwärts“ zur Veröffentlichung gegen die Fürstenwalder einzufenden. Die Antwort war, daß der Redakteur Eisner an mich Sonntag, den 30. August, ein Telegramm nach Kücknast sandte, dahin lautend: Brief über Ihre Erklärung unterwegs. In dem Brief, den ich alsdann Dienstag, den 1. September, erhielt, bat Eisner in den beweglichsten Ausdrücken, im Interesse der Partei von der Veröffentlichung der Erklärung abzusehen, und sandte die betreffende Erklärung zurück.

Mittlerweile hatte ich aber eine zweite Erklärung gegen Seine dem „Vorwärts“ eingesandt auf Grund von Ausführungen, die dieser in der Parteiversammlung seines Berliner Wahlkreises am 25. August gemacht hatte. Ich vermutete nun, daß wenn der „Vorwärts“ mir verweigere, die Erklärung gegen die Fürstenwalder Genossen aufzunehmen, er aus gleichen Gründen dieses mit der Erklärung gegen Seine thun werde. Ich sandte daher schon Montag Nachmittag, noch ehe ich den Eisnerschen Brief hatte, dem „Vorwärts“ ein Telegramm, worin ich sofortige Aufnahme meiner Erklärung verlangte. Und hinter diesem Telegramm schickte ich einen Brief an die Redaktion des „Vorwärts“ ab, in dem ich abermals die Aufnahme beider Erklärungen als mein gutes Recht verlangte, von dem ich mich unter keinen Umständen abbringen ließe. Wollte der „Vorwärts“ diese Erklärungen nicht aufnehmen, sollte er sie der Redaktion der „Leipziger Volksztg.“ zufenden, die weiß, was mit denselben geschehen solle. Eisner wandte sich jetzt um Sukkurs an die beiden Vorstandsmitglieder Auer und Gerisch, und nun geschah das Unglaubliche, daß diese aus den gleichen Gründen wie Eisner die Nichtaufnahme beider Erklärungen billigten und daraufhin Eisner auch die zweite Erklärung mit einem Brief ähnlichen Inhalts wie der erste an mich zurücksandte.

Das Verhalten Auers tritt in diesem Bevormundungsverfahren, das den vollständigen Tod jeder Meinungsfreiheit bedeutete, wenn es in der Partei maßgebend werden sollte, noch besonders merkwürdig hervor. Auer hat sich in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ zum Kritiker über seine Kollegen im Parteivorstand aufgeworfen, die die Resolution betreffend die Mitarbeiterschaft an der bürgerlichen Presse beschloffen hatten, nachdem sie die Frage in zwei Sitzungen eingehend beraten und einstimmig Beschluß gefaßt hatten. Auer selbst war wegen Krankheit damals abwesend. Und derselbe Auer, der sich im Namen der Meinungsfreiheit gegen diese Resolution seiner Kollegen im Vorstände erklärte, faßt jetzt den Entschluß, seinem Kollegen Webel den Abdruck zweier Erklärungen im „Vorwärts“ zu verweigern, zu denen Webel provokirt worden war, natürlich im Parteiinteresse. Unglücklicherweise bekommt diese Motivierung einen etwas eigenthümlichen Beigeschmack dadurch, daß Auer selbst in diesen Einsendungen Webels sich als Revisionist persönlich getroffen fühlen kann. Um den Parteigenossen Gelegenheit zu geben, sich über

die Natur dieses Gewaltaktes näher zu unterrichten, mögen hier die beiden Erklärungen, wie sie der Reihe nach dem „Vorwärts“ zugehen, folgen.

Die erste Erklärung lautet:

Die Erklärung der Fürstenwalder Genossen im „Vorwärts“ vom 26. August über meine Entgegnung auf ihre Resolution und deren Motivierung im „Vorwärts“ vom 23. August läßt mich trotz des gereizten Tones, in dem sie gehalten ist, sehr kalt.

Ich habe keinen Grund, von meinen Ausführungen auch nur ein Wort zurückzunehmen und halte mich viel zu gut unterrichtet, um nicht zu wissen, wohin jene Resolution und ihre Begründung zielte und wie sie zu stande kam.

Ich habe auch nicht verlangt, daß die Fürstenwalder Genossen sich jetzt schon auf Grund meiner Entgegnung zu einer andern Ansicht bekennen sollten, sondern ich habe sie gebeten, meine Artikel in der „Neuen Zeit“ sich anzusehen und zu studiren, vielleicht daß sie dann sich zu meiner Ansicht bekennen.

Ob ich Kassandraruße erschallen lasse oder nicht, ist Sache meiner eigenen Entscheidung. Es ist allerdings gewissen Leuten sehr unangenehm, zu finden, daß sie mit der Haupt- und Staatsaktion, die sie aus der Wahl eines Vizepräsidenten aus der Mitte der Fraktion gemacht haben, sich in die Nesseln gesetzt hatten, und so mußte alles wieder aufgehoben werden, um diese Frage nunmehr als möglichst unbedeutend erscheinen zu lassen, sei es selbst unter Preisgabe desjenigen aus dem eigenen Lager, der zuerst diese Frage angeregt hatte.

Es ist nur eine von den Finten, die angewandt werden, die Sache so darzustellen, als hätte ich die Frage der Vizepräsidentenwahl zur Haupt- und Staatsaktion machen wollen, während es gerade die andre Seite war, die sie auf die Tagesordnung brachte und zur Haupt- und Staatsaktion zu machen gedachte, bis sie entdeckte, daß sie sich in der Lage jener betäubten Lohgerber befand, denen die Felle fortgeschwommen sind. Diesen Verunsicherungsversuchen trete ich entgegen und verlange, daß endlich einmal Farbe bekannt wird.

Zum Ueberflus habe ich durch die Ueberschrift, die ich für meine Artikel in der „Neuen Zeit“ ankündigte: Ein Nachwort zur Vizepräsidentenwahl und Verwandtem, für jeden sichtbar angekündigt, daß ich die Vizepräsidentenfrage nur als Symptom einer Erscheinung auffasse, über die endlich auf dem Parteitage Klarheit geschaffen werden muß. Die beiden Artikel werden in einer Nummer der „Neuen Zeit“, und zwar derjenigen, die am 7. September ausgegeben wird, erscheinen, auch wird den Delegirten zum Parteitag in Dresden ein Separatabzug zugestellt werden.

Auch ich bin der Meinung — und hier stimme ich wieder einmal mit den Fürstenwalder Genossen überein — daß die possibilistischen Bäume nicht in den Himmel wachsen, die Fürstenwalder Genossen ahnen aber offenbar nicht, wen sie mit dieser Bemerkung treffen. Diese Bemerkung zeigt mir aber, daß sie auch zu denen gehören, die glauben zu schweben, aber geschoben werden.

Ich schreibe, wie ich meine erste Entgegnung schloß: Das weitere in Dresden!
A. Webel.

Die andere Erklärung lautet:

Auch eine Zuschrift!

Die Zuschrift des Genossen Heine im gestrigen „Vorwärts“ über den letzten Parteivorstandsbereich im 3. Wahlkreis, wie Vorkommnisse in den Berliner Parteiversammlungen am 25. d. M., nöthigen mich ebenfalls zu einer Auslassung.

Genosse Heine sagt: Ich habe nicht die Vizepräsidentenfrage, sondern die Maßlosigkeit und Unrichtigkeit der Angriffe gegen den Genossen Bernstein betrogen das Wort zu ergreifen, und zwar im Interesse der durch solche Polemik trotz aller formellen Verwahrungen thatsächlich gefährdeten Freiheit der Uebersetzung und des Wortes. Er habe dabei

weniger auf mich verwiesen, dessen falsche Auffassung er aus meiner Entfernung von Berlin und der Unmöglichkeit einer persönlichen Ausdrucksentschuldigung habe, als vielmehr das Treiben gewisser Parteiblätter dafür verantwortlich gemacht.

Der Genosse Heine irrt sich gründlich in der Annahme, daß, weil ich „fern von Madrid weile“, ich falschen Auffassungen und ungenügenden Informationen über das, was in Madrid und Nebenorten geschieht, ausgesetzt sei.

Wenn er aber glaubt, aus einer Anzahl scharfer und mißbilligender Aeußerungen gegen Bernstein und die Revisionisten, Aeußerungen, deren auch ich mich bediente, abermals wieder schließen zu müssen, „daß trotz aller formellen Verwahrungen thatsächlich die Freiheit der Uebersetzung und des Wortes gefährdet sei“, so ist das nicht nur wieder eine ganz willkürliche Annahme, ich antworte ihm auch: Wer selbst im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

Jedenfalls zeigt die hochfahrende Art, mit welcher der Genosse Heine in seiner Erklärung im „Vorwärts“ vom 13. August die Marburger Genossen wegen ihres Verhaltens in der Wahlfrage in ihrem Wahlkreise abkanzelle, wie er mit seinen Gegnern umspringen würde, wenn er die Macht dazu besäße; wobei noch hervorzuheben ist, daß die Marburger Genossen materiell und formell im Rechte waren, denn sie hielten sich strikte an die, irre ich nicht, auch vom Genossen Heine angenommene Wahlresolution des Münchner Parteitags. Weissen sich aber seitens des Genossen Heine seine Gegner auch sonst noch von ihm zu verzeihen haben könnten, dafür brauche ich nur an Lübeck zu erinnern.

Im Uebrigen hat es mich ungemein interessiert zu lesen, wie dieselben Parteigenossen, die jahrelang über die revisionistische Thätigkeit des Genossen Bernstein entzückt waren und sich sogar eine Zeitlang mit Stolz „Bernsteinianer“ nennen ließen und selbst nannten, jetzt plötzlich ihren Parteifreund Bernstein zum Sündenbock machen und ihn in einer Weise öffentlich mißhandeln, wie noch kein Parteifreund vom andern öffentlich mißhandelt worden ist. Und doch hat Genosse Bernstein nichts gethan, als öffentlich in der Partei anzuregen, was die ihn jetzt scheltenden Revisionisten ohne jede Ausnahme in der Fraktion thun wollten und in der Hoffnung auf die Nichtöffentlichkeit der Fraktionsverhandlungen durchzubringen gedachten.

Bernstein war allerdings insofern ihr enfant terrible, als er durch seine öffentliche Anregung der Vizepräsidentenfrage seinen Gesinnungsgenossen wider seine Absicht den Plan durchkreuzte und ihnen die Suppe verätzte. Daher der Zorn und das Geschimpfe über die unglücklichen Kampfgenossen und darum auf einmal die einstimmige Verurteilung im revisionistischen Lager von „der so herzlich unbedeutenden und nebensächlichen Präsidentenfrage“. Die Trauben sind eben sauer. Und vor Tische laß man's anders.

Kücknast, Zürich, den 29. August 1903.

A. Webel.

Nachschrift: Im Begriff, die vorstehende Zuschrift zur Post zu geben, wird mir aus Berlin mitgetheilt: Heine habe unter großer Entzückung der Versammlung im dritten Wahlkreis geäußert: „Webel sitzt in Kücknast und schläft und weiß von nichts, um dann plötzlich zu erwachen und loszuschlagen.“ Der Genosse, welcher mir diese Mittheilung macht, wohnte der Heineschen Versammlung bei. Der Bericht des „Vorwärts“ über die Heinesche Versammlung enthält diese Aeußerung Heines nicht.

Hat Heine die ihm unterstellte Aeußerung gemacht, so erwidere ich ihm, daß, wenn er in den zwei Monaten, seitdem ich hier sitze, auch nur annähernd so gearbeitet hat, wie ich gearbeitet habe, er sich für einen sehr fleißigen Mann halten darf. Ich gehe nicht hierher, um auf der Varenhaut zu liegen, sondern, um neben der mir so nothwendigen Er-

Der Bedlar.

Roman aus dem amerikanischen Leben v. Otto Ruppikus.

15. Fortsetzung.

„Ich weiß nicht, ob Sie für Gefühl gegen den Mann nicht vollkommen richtig leidet, Miß“, begann Helmsstedt, dem Pferde die Mähne glatt streichend, „ich habe eine Ahnung, daß mit ihm nicht alles ist, wie es sein soll, und ich glaube, ich kann mir bald Gewißheit verschaffen, wenn Sie meinen Dienst nur annehmen wollen.“

„Glauben Sie das?“ rief sie rasch aufschauend, „ich wollte Ihnen von Herzen danken — aber wie wollen Sie Gewißheit erhalten? Vater würde ohne die gründlichsten Beweise nur über mich spotten.“

„Well, Miß“, erwiderte er nach augenblicklichem Nachdenken, „ich will Ihnen nichts versprechen, bis ich nicht selbst einen bestimmten Anhalt habe; das aber, denke ich, soll geschwind geschehen — haben Sie bis dahin Vertrauen zu mir.“

„Ich habe ja schon so viel, daß ich selbst davor erschrecke!“ sagte sie, ihm das Gesicht zuehend, in welchem sich ein helles Lächeln wieder Bahn brach. Sie zog die Hand aus dem Stulpenhandschuh und reichte sie ihm hinüber, „ich bin ja froh genug, daß ich mit meinem Widerwillen gegen den Mann nicht mehr allein in unserem Hause stehe.“

Helmsstedt hielt einen Augenblick die kleine, weiche Hand in der seinigen, und wollte sie dann an seine Lippen führen, sie aber zog sie rasch hinweg. „Das ist keine Mode in unsrem Hinterwalde!“ rief sie, auflachend wie ein Kind, und ließ das Pferd wieder im Galopp davon gehen.

Beide ritten schweigend eine Strecke weiter, als sich aber Morkens Landhaus, das Ziel ihres Rittes, in kurzer Entfernung zeigte, hielt Helmsstedt sein Pferd an. „Einen Augen-

blick, Miß Elliot“, sagte er, „wie lange gedenken Sie bei Ihrer Freundin zuzubringen?“

„Nach der Begegnung von vorhin blieb ich am liebsten den ganzen Tag da!“ erwiderte sie, „ich bin gewiß, daß dieser Vater nicht eher unser Haus verläßt, bis er einsieht, daß ich vor spät Abends nicht wiederkomme.“

„Well, Miß, kennen Sie einen Ort, der das Riverhaus heißt?“ dachte er etwas über unsern Mann erfahren zu können und möchte die Zeit zu einem Ritte dahin benutzen.“

„Ich habe wohl schon von dem Orte gehört“, erwiderte das Mädchen nachsinnend, „das müssen aber wenigstens sieben bis acht Meilen von hier sein. Er liegt drei Meilen südwärts der Stadt, am Fluße, so viel ich weiß, und wenn Sie von Morkens Hause nach der Hauptstraße hinüber biegen, so können Sie wenigstens den Weg nach der Stadt nicht verfehlen, wo Sie jedenfalls die genauere weitere Richtung würden erfragen müssen.“

„Sie wollen warten, bis ich zurück bin, Miß?“

„Sicherlich, Sir!“

Sie hatten die weiße Einzäunung des Landhauses erreicht; Helmsstedt sprang vom Pferde, um das Gartenthor für seine Begleiterin zu öffnen und als er zwei Damen aus dem Hause treten und dem Gaste entgegenzueilen sah, schwang er sich wieder in den Sattel und schlug die nächste breite Fahrstraße, die südwärts abging, ein. Ein Keger, der im vollen Feststaate, die dampfende Zigarre zwischen den dicken Lippen, umher spazerte, benahm ihn auf seine Frage jeden Zweifel, daß er auf dem rechten Wege sei, und im scharfen Trab verfolgte er die Richtung weiter.

Was Helmsstedt mit seinem jetzigen Ritte erzielen wollte, war ihm eigentlich selbst noch nicht ganz klar. Bei Wakers Anblick hatte er zuerst nur an Seifert als den Dieb seines Geldes gedacht, und deshalb nach diesem gefragt; dann aber war ihm des Mannes momentane Verlegenheit, sowie dessen Bestreben, die Bekanntschaft mit Seifert von sich zu weisen,

aufgefallen, und dies in Verbindung mit der Weise, in der er ein Gespräch mit Ellen Elliot antäupfen wollte, hatte ein dunkles Gefühl in Helmsstedt erzeugt, als gewahre er das äußerste Ende eines verborgenen Spitzbubenreiches, und Ellens Gleichniß von der Spinne und der Fliege, welches ihm das häßliche Lächeln, das er in New York an Waker bemerkt, wieder vor die Seele führte, verstärkte den Eindruck nur noch. Stand der Mensch noch in Verbindung mit Seifert, mit dem er von New York abgereist war, so waren seine Angelegenheiten sicherlich nicht klar, es kam eben nur darauf an, Seifert zu treffen, und zum Neben zu bringen. Helmsstedt hatte den Namen des „Riverhauses“ im Zusammenhang mit dem „Seiferts“ aufgefangen, und so lange er neben Ellen herritt, hatte er gar keinen Zweifel gehabt, durch diesen Anknüpfungspunkt Allem, was nur nothwendig sei, auf die Spur zu kommen — je weiter er aber jetzt seinen Weg verfolgte, je mehr Schwierigkeiten tauchten vor ihm auf. Wenn das Riverhaus nicht Seiferts Wohnung und nur ein Spielhaus war, wie es sich fast nach Wakers Aeußerungen vermuthen ließ, so konnte er auch sicher sein, nach der Mode in solchen Häusern dort das Allerwenigste von ihm zu hören, und bekam Seifert eine Ahnung von seiner Nähe, so war er gewiß eben so geschwind aus der Gegend verschwunden, wie damals aus New York. — Darneben fragte Helmsstedt jetzt auch an zu scheitern, als ob der Verdacht, der ihm so plötzlich gegen Waker gekommen, auf keiner Seite recht Stich halten wollte — sicherlich mußten doch die Familien, bei denen er aus- und einging, wissen, mit wem sie es zu thun hatten; er möchte lieberlich sein und sich Seiferts als Werkzeug bedienen, das erklärte Vieles, — und doch, wenn sich Helmsstedt die kaum durchlebte Scene wieder vergegenwärtigte, kam ihm genau das frühere Gefühl wieder. Keinesfalls konnte es etwas schaden, sich vorsichtig nach Seifert umzusehen, schon des verübten Diebstahls halber; trotzdem war es Helmsstedt, als könnte er dem Spitzbuben jetzt Alles vergessen und vergeben, wenn er durch ihn nur

holung Arbeiten auszuführen, für die ich in Berlin nicht die nötige Ruhe finden würde.

Rücknach, den 30. August 1903. U. Bebel. Selbstverständlich werde ich wegen der an mir verübten Gewaltthat vom Parteitag in Dresden volle Genugthuung fordern. Und so ist denn zu den übrigen Streitpunkten, die den Dresdner Parteitag beschäftigen werden, ein neuer, höchst festlicher, in der Partei bisher noch nicht dagewesener hinzugekommen.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik der Feilenhauer in Berlin ist vorläufig beendet. Am Sonnabend tagte eine Versammlung der Streikenden, die nach lebhafter Debatte auf Vorschlag der Lohnkommission folgende Resolution annahm: „Die streikenden Feilenhauer von Berlin und Umgegend brechen den Kampf vorläufig ab, um ihn bei geeigneter Zeit von Neuem zu eröffnen. Die Ursache dieses Beschlusses sind die Streikbrecher aus den eigenen Reihen, welche einzelne Großbetriebe besetzt haben. — Der Maurerstreik in Genf, der seit dem 19. Juli dauerte, etwa 3500 Arbeiter umfaßte und zu zahlreichen Verhaftungen und Ausweisungen Anlaß gab, kann als beendet betrachtet werden. In der Sitzung am Sonntag haben die Arbeiter die Vorschläge einer Session der Meister angenommen, wonach das Minimum 54 Cent die Stunde anstatt 55 beträgt.

Der Allgemeine deutsche Gärtnerverein, dessen Ausschußmitglieder sich Sonntag in Berlin zusammengefunden haben, hat der Hauptvorstand der Deutschen Gärtnervereinsung folgende Vorschläge unterbreitet: Die beiden bestehenden Organisationen, der Allgemeine deutsche Gärtnerverein (Sitz Berlin) und die Deutsche Gärtnervereinsung (Sitz Hamburg), verschmelzen sich zu einem Verband der Gärtner Deutschlands. Der so entstandene Verband hat sich sofort der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands anzugliedern. Ueber die etwaige Angliederung der örtlichen Mitgliedschaften des Verbandes an die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Ortskartelle werden einstweilen keine obligatorischen Bestimmungen getroffen, sondern die Entscheidung hierüber den Mitgliedschaften selbst überlassen. Der Verband hat als solcher politische und religiöse Neutralität den Mitgliedern gegenüber zu beobachten.

Einem Rattenkönig von Prozessen hatte der kürzlich erfolgreich beendete Formerpfeil in Blankenburg und Borge (Harz) im Gefolge. Die Schußwunde der Abwehrwunden scheint bei diesem „Feldzug“ aber nicht besonders günstig ab. So wurde der Formere Hühnerling aus Hüttenrode bei Blankenburg angeklagt, weil er als Streikposten zu einigen Arbeitsschritten in „großem Tone“ auftrat: „Hier wird's nicht, Ihr kriegt Garz Kassegeld und dann arbeitet, wo Ihr wollt, aber nicht hier.“ Der Anwalt fand diesen Ton so wenig mit dem guten Tone, den die Gewerkschaften vorschreibt, im Einklang, daß er wegen dieser falschen Tonlage fünf Tage Gefängnis als Strafe beantragte. Das Amtsgericht zu Blankenburg im Harz, dessen Vorsitzender in der Verhandlung erklärte: „Der Ton macht die Musik“, sprach den verdrähten Formerpfeil frei. Mehr als die Streikenden in Blankenburg hatten dagegen die Arbeiter in Borge die Anwesenheit der Gendarmen auf sich geleist. Von ihnen wurde gegen der Prozess gewagt, jedoch wurden schon vom Schöffengericht im Volkswald gleich freigesprochen, und von den vier Verurteilten haben drei Berufung eingelegt; nach Lage der Sache ist auch ihre Freisprechung zu erwarten.

Die Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg fand Sonntag im Berliner Gewerkschaftshaus statt. Nach einem Bericht des Generalsekretärs Stadthagen über die letzten Reichstagswahlen fand eine Resolution des Referates mit großer Majorität Annahme, worin es den Parteigenossen zur Pflicht gemacht wird, die der Sozialdemokratie noch fernstehenden Kreise über die Notwendigkeit des Kampfes für ein unabhängiges Arbeiterparlament zu gründen, die sozialistische Partei zu verbreiten u. In den gegenwärtigen Streiktagen innerhalb der Partei solle sich die Parteikonferenz auf den Standpunkt, daß Gewerkschaften, die an bürgerlichen in ihrer Zusammensetzung der Sozialdemokratie nicht

sich Blättern mitarbeiten, zu Vertrauensgenossen nicht zu berufen sind. Ferner protestierte die Parteikonferenz dagegen, daß dem Genossen Bebel die Spalten des Zentralorgans verschlossen worden sind. Ueber die preussischen Landtagswahlen referierte alsdann Genosse Arons. Die Parteikonferenz beschloß, seinen Ausführungen entsprechend, energisch in die Wahlkagation einzutreten, überall eigene Wahlmänner aufzustellen und vor den Urwahlen sich auf keine Abmachungen mit den Liberalen einzulassen. Schließlich wurden noch zwei Anträge der Delegierten einstimmig angenommen. Der erste befaßte sich mit der Ausweisung der Frauen von der Konferenz durch die Polizei. Er lautet: „Da die Provinzialkonferenz eine öffentliche Versammlung ist und Frauen nach dem preussischen Vereinsgesetz an öffentlichen Versammlungen teilnehmen können, erheben die Frauen gegen die ungerechtfertigte Ausweisung hiermit Protest. Die Delegierten beauftragen das Bureau der Konferenz, hiergegen den Beschwerdeweg zu beschreiten.“ Der zweite befaßte sich mit dem Frauenimmrecht: „Bei dem Kampfe um die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zum Landtage in Preußen ist dem sozialdemokratischen Programm entsprechend auch die Forderung des Frauenimmrechts überall mit aller Energie zu fordern und eingehend zu begründen.“ Darauf wurde die Konferenz in der üblichen Form geschlossen.

Auf dem Landesparteitag für das Großherzogtum Hessen, der am Sonntag in Steinbach, einer herrlichen Enklave im Taunus, stattfand, sprach sich die Mehrheit im Gegensatz zu Cramer-Darmstadt gegen die Hofgängererei aus. Im weiteren wurde beschlossen, die in Gießen erscheinende „Mitteldeutsche Sonntagsztg.“ zu einem Landesorgan mit dem Druckort Offenbach umzugestalten. Ferner erwartet der Parteitag, daß die Fraktion, Bezug nehmend auf die unter so graufigen Umständen erfolgte Hinrichtung des Mörders Detroit in Mainz, am Reichstag als Initiativantrag die Abschaffung der Todesstrafe einbringt. Schließlich protestierten unsere herrlichen Genossen gegen die Verhaftung der Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ und sandten den Inhaftierten Grüße brüderlicher Solidarität.

Aus Nahe und Fern.

Die Riesenschlange als Patient. Der Arzt der Tiere eines Zoologischen Gartens muß oft seltsame Operationen machen. Man kann sich leicht vorstellen, mit welchen Schwierigkeiten er oft zu kämpfen hat. Es ist schon mühsam genug, ein Kind zu überreden, einen Löffel Arznei zu nehmen; wieviel Mühe gehört nun dazu, eine Hyäne dazu zu bringen, einen schwarzen Trank zu verschlucken! Der Elefant soll allerdings ein ganz lenkbarer Kranker sein, aber man findet nicht leicht heraus, wie groß die Dosis sein muß, die ihm zuträglich wäre. Der schlimmste Patient ist die Schlange. Eine 25 Fuß lange Riesenschlange im New-Yorker „Zoo“ litt an einer Nervenkrankheit, und da sie nicht freizehen konnte, mußte sie halb ab. Um der Schlange das Leben zu retten, mußte ihr, wie der „Frank. Ztg.“ gelöhnt wird, die Nahrung gewaltsam mit einer Art Löffel beigebracht werden. Vier todtie Kaninchen wurden zusammengeschnitten und an einem zehn Fuß langen Faden befestigt. Dieser wurde der Schlange in den Rachen geschoben und bis auf wenige Zoll hineingestochen. Ein ganzes Jahr lang wurde die Schlange so gefüttert. Nun ist sie wieder gesund und ihre normale Geschäftigkeit hat sich wieder eingestellt.

Ständesamtliche Nachrichten

vom 30. August bis 3. September 1903.

Geburten.
a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
24. August. Kaufmann B. F. H. L. Gahl, 25. Arbeiter H. J. J. Wöller, 26. Zimmermann C. L. W. Mevius, 27. Arbeiter F. J. Ehr. gen. G. Godshufen, 28. Kutscher J. H. W. Krumm, Eisenbahn-Expeditious-Assistent H. J. C. Wolf, 29. Schmidt J. Hielinski, Straßenreimiger J. Ph. Dragg, Arbeiter W. J. J. Burmester, Gärtner L. C. H. Seifens, Fleischer H. D. J. Stallbaum, 31. Eisenbahn-Begleitender M. D. G. Lange. 1. September Gärtner C.

H. W. Nehwoldt, Schuhmacher J. J. G. Peterfen, 2. Zimmermann W. A. H. Künzel, 3. Arbeiter C. Chr. E. Oberhard, Ober-Postassistent C. W. G. Wulf, Maschinist J. C. Chr. Schlüter.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
23. August. Arbeiter J. Meier, 24. Schlosser W. C. Ed. J. Niemann, 25. Feinreimiger J. J. A. Schmidt, Arbeiter A. Karl, 26. Schlosser B. W. A. Stier, 27. Schänkwirth M. F. J. Siemas, Fischer F. J. D. Borgwardt, 28. Maschinist H. F. Fohrholz, Arbeiter G. W. F. Wilms, Arbeiter J. J. F. Ohlsen, Schlosser A. Schellhas, Maler C. A. G. Schomacker, Kunstgärtner H. G. W. Haack, 30. Arbeiter A. C. M. Rosenthal, Arbeiter J. H. W. J. Wehr, Gärtner H. F. W. Offen, Schlosser W. F. F. Chr. Th. Schildt, 31. Lokomotivheizer A. B. Wagemann, 1. September. Güterbodenarbeiter L. C. A. Morgenstern, Güterbodenarbeiter H. F. Peterfen, Zimmerpolier A. W. G. Leuschner, Arbeiter M. G. Levernann, 2. Arzt Dr. med. H. K. Bee, Arbeiter C. G. G. Gittler, 3. Arbeiter M. C. G. Paeder, Arbeiter Chr. F. Elwers, 4. Stationsarbeiter A. H. G. Holt.

Sterbefälle.
29. August. Arbeiter H. J. Ringbiel, 60 J. M. M. C. geb. Bartheld, Ehefrau des Großkühners G. J. G. Reddhl, 41 J. (Duvensee). Ein todtgeb. Knabe, W. Arbeiter A. Chr. Schnoor, 30. C. Chr. G. geb. Schumacher, Wittve des Webers J. G. Chr. Ohltag, 71 J. C. M. C. geb. Zethen, Wittve des Arbeiters J. M. Eweis, 73 J. C. M. R. G. M. Gehrl, 4 M. 31. C. M. C. geb. Stein, verw. Mundt, Ehefrau des Schneiders D. J. Braunsdorf, 61 J. M. G. A. Wenzel, 13 J. M. Chr. geb. Michels, Wittve des Buchhalters A. C. Chr. Ehr, 63 J. 2. Sept. Buchbindermeister L. B. A. Meinde, 54 J. Ein Mädchen, 13 J. W. Güterbodenarbeiter L. C. A. Morgenstern, 48 J. Ein todtgeb. Mädchen, W. Schlachter C. J. D. Bruhn, L. C. G. geb. Martens, Wittve des Lohnbüchlers C. H. G. Schulz, 56 J. Gärtner J. A. G. Hellmann, 75 J. 3. J. M. D. geb. Dertmann, Ehefrau des Kaufmannes C. J. G. Müller, 39 J. M. W. L. Köpcke, 19 J. C. M. D. geb. Möhling, Wittve des Arbeiters Ch. J. G. Niemann, 75 J. 4. C. G. Bollmeyer, 4 M. F. C. G. Buttjarten, 4 J. M. C. D. Schaumann, 8 M. Privatier J. H. Buch, 77 J. M. F. J. geb. Hannemann, Wittve des Kaufmannes J. G. G. G. Hiedemichl, 67 J.

Angewandte Aufgebore.

31. August. Verwalter G. M. Mollhagen zu Westerrade und C. G. Jacoben, Kaufmann W. C. L. Ehnde zu Kröpelin und J. J. G. Milay, Arbeiter G. J. Ch. Buch zu Stoddele, und A. Krantz, Maler M. G. Th. Gollnschein zu Wismar und A. H. L. M. Schulz, Krämer G. A. C. Schütt und M. J. Ch. Brauch, Schreiber H. F. Schulze und J. C. M. Hagedorn, Kesselschmied H. G. E. Sparr und J. W. C. D. C. Becker, Staatsanwalt Dr. jur. J. G. G. Schenker und A. C. J. Plessing, Schumacher C. W. J. G. Klingmann und J. W. W. Freiheit zu Merin, Konditor Th. G. C. Struck und M. M. Wieland zu Paderleben, Böttchergeselle J. H. F. A. Adersmann und B. Adersson, beide zu Lauenburg a. C. 1. September. Musikf. im 3. Hanseatischen Infanterie-Regiment Nr. 162 C. W. Müller und Ch. D. Bach zu Grammersdorf, Arbeiter G. C. G. Hubel und C. G. Molt, Stellmacher F. Konopka und W. Haber, Schlosser F. F. Th. Cleemann und B. W. G. Krämer, Uhrmacher F. F. Schmidt und A. J. C. Dönges zu Offen, 2. Leutnant im Lauenburgischen Jäger-Bataillon H. D. von Zerkow zu Haseburg und C. L. C. R. Kohrs, 3. Lagermeister C. G. M. Heims und A. M. Gablena, Praktiker G. C. Kabe und M. J. M. Nachtwey, 4. Blumenhändler F. W. F. Malchow und H. M. A. F. Volst zu Roschod, Milchhändler J. J. G. Diebel zu Mölln i. L. und A. M. C. Bath, Sergeant der 1. Kompanie des 3. Hanf. Infanterie-Regiments Nr. 162 A. F. Ch. Krüger und M. J. Ch. Urban, Bierhändler J. H. W. Schwarz und M. M. C. Niemann, königlich Preuß. Hauptzollamt-Assistent A. L. K. Bungs und M. A. M. Antonio Biobel zu Neichen, Eisenbahn-Stationsarbeiter G. W. C. Jind zu Hosten und J. A. C. Bollbud zu Büxow, 5. Eisenbahnarbeiter G. J. F. Böttcher zu Herrsburg und M. W. C. Bruhn, Gastwirth J. H. F. Borchert und C. F. A. Raubmann, beide zu Neustadt i. G. Maschinenschlosser C. F. Ch. Krohn und C. M. M. Lübbe zu Mendori.

Geistliche Nachrichten.

1. September. Bildhauer H. A. Löbed und C. M. Neppenhausen, Fischer C. M. R. Bodein und J. A. C. Hoggenkamp, 4. Handlungsgeselle J. J. G. Giesenberg und M. J. C. Brede, Matrose A. C. B. Schmidt und A. C. Borge, 5. Maurer Ch. W. C. G. Wilms und W. G. Barrels, Bandvorsteher A. C. J. Rehder und C. A. Behn, Tapezier J. A. G. Wilms und Ch. F. Grel.

etwas gegen Vater ermitteln kann. Was der Grund war, der ihn als eigenes Interesse so weit weggen ließ, darüber grübelte er nicht.

Es war toll, trotz des beneidenden Blicks; Helmschick's Blick aber schaute vom unheimlichen Grunde aus den Vater an, wie wenn er einen Gedanken nach sich hätte. Er war kein Wort vorüber, als er das Gedächtnis mit seinen weichen, glänzenden, hellen Augen und seinen Lippen vor sich liegen sah. Bei seiner geistigen Anwesenheit in Alabama hatte er für sich einen guten Tag zugebracht, als ihn Ellen durch das Schwärzen hatte abholen lassen, und er nicht jetzt derselben Geduld zu erweisen, er schon vorher abgesehen war. Die Sache ist ein Beweis der Gewissenhaftigkeit der Schwärzen aus der Umgegend zu sein; ganz gewiss von Ränken und Finten zu sprechen in den besten Leistungen durchgehen lassen und jedoch die Strafen; vor den Augen der Welt, was denn die alten jüdischen Weisheit von Götze und Tugend vorgebracht werden und das Streben der ungeliebten Dame fangen, finden andere Frauen, welche Spähe trübend: der Zustand auf allen den Schwärzen Geplänkel war der einer unheimlichen Unfähigkeit, die unheimlich jüdischen den jüdischen Weisheit eingewandert zu sein schien, und Helmschick war unheimlich dem Beglück mit dem Kinde bei ihm die Schwärzen der Schwärzen Klassen in Berlin und Paris gehen, mit den verächtlichen weichen Schwärzen, die mit Gewalt sich zu Forderungen zu geben können oder empfinden, daß die Schwärzen zu ihren Beglücken in Schwärzen zurück werden kann. Wo er auch irgendwo gehen konnte, wurde ihm mit einer unheimlichen grübelnden jüdischen Beglück gemacht, die viel eher an Forderungen als an Schwärzen sein, wie er ist bei dem der Schwärzen jüdisch empfinden, welche — in den großen Schwärzen Geduld, und Helmschick den Geduld an dem der jüdischen Schwärzen, mit Helmschick jüdisch jüdisch Schwärzen über Schwärzen zu beglücken — Geduld kann man das jüdische Schwärzen über Schwärzen jüdisch Schwärzen Schwärzen. Die

„Doch“, nach der er sich beim Einsetzen zuerst wandte, fand er augenblicklich verlassen und so schritt er nach dem Billardzimmer; aber kaum hatte er einen Blick durch die offene Thür demselben geworfen, als er auch wie eingewurzelt stehen blieb.

Erinnern stand, mit dem Lerne in der Hand, Seifert saß in Lebensgröße. Helmschick trat wieder zurück, um nicht gesehen zu werden und überlegte. So sehr ihn das Zusammenstreffen auch jeder weiteren Nähe übergeh, so wenig war er doch noch darauf vorbereitet, — nach kurzer Weile schritt er indessen mit sich einig zu sein und Schritt, wenigstens äußerlich ruhig, durch die Thüröffnung. Im Zimmer, das ihn lange ruhig überlag, besaßen sich außer den Spielern an den beiden Billards, nur einzelne unheimliche Zeitungsliter. Seifert führte ihm den Rücken zu und präparierte den Fortschritt seines Gegners im Spiele. Helmschick klopfte ihm leicht auf die Schulter. „Ach!“ rief dieser, sich umwendend, als er erwartete einen Bekannten zu sehen; sobald er aber jenen Mann mit dem Blicke gefaßt, begannen seine Augen groß und starr zu werden, als läge er im Helmschick; das Blut ging aus seinem Gesichte, „Körper!“ begann er endlich mit unheimlicher Stimme und augenblicklich nach Haltung stehend. „Helmschick, if you please. Sir!“ erwiderte dieser leuchtend, „kann Sie sich denn nicht mehr, Seifert? Sie haben ja jetzt ein Gesicht, Sie sind ein anderer Mensch.“ „Helmschick!“ erwiderte der Andere und in seinem Gesichte zeigte sich ein jüdischer Kampf, sollte er die Bekanntschaft erwidern oder nicht. „Ja natürlich, wer denn sonst, Mann? Ich meine mich, einmal wieder einen Bekannten zu treffen. — Sie haben mich in New-York wirklich gefaßt, wo Sie verfahren, ohne mir nur einmal ein Wort von Ihrer Abreise zu sagen. Aber lassen Sie sich jetzt nicht hören, mir sprechen, wenn Sie mit dem Mann durch das und trinken kann eine Flasche Wein trinken, oder irgend einen anderen Stoff.“ „Ach, Sir.“ erwiderte Seifert englisch und in feiner

Sprache war keine Spur von Befangenheit mehr bemerkbar. „Ich spreche allerdings deutsch, kann mich aber im Augenblicke nicht entsinnen, wo ich Sie schon gesehen hätte, ich bin schon viele Jahre im Lande, bin aber erst einmal eine kurze Zeit in New-York gewesen — irren Sie sich nicht vielleicht in der Person?“

Helmschick starrte den Menschen einen Augenblick über-rascht an — so viel Freiheit hatte er nicht erwartet. „Sie sind diesmal ein Herr, Seifert“, sagte er dann, „ich will noch zwei Worte deutsch reden und dann englisch, wenn Sie's wünschen. Hätte ich Böses gegen Sie im Sinne, so wäre ein gerichtlicher Postbefehl gegen Sie in meiner Hand gewesen, ehe ich Sie angesprochen. Sie sind ein Spieler von Profession, ich bin jetzt Familien-Mitglied eines der ersten Pflanzler hier, dessen Einfluß mir vollkommen zu Gebote steht, verstehen Sie wohl, — ich komme zu Ihnen als alter Bekannter, der Sie vielleicht sogar um einen Dienst bitten möchte, — spielen Sie jetzt ehrliches Spiel mit mir und ich gebe Ihnen mein Wort, daß ich Ihren Spitzbubenfreisinn gegen mich vergessen und beglücken will — wollen Sie nicht, nun, Herr Seifert, so habe ich englisch sprechen gelernt.“ „Sie reden so überzeugend, Herr von Helmschick“, erwiderte Seifert, ohne eine Miene zu verziehen, „daß wirklich in meinem Gedächtnis eine Erinnerung aufschwämmern will — aber entschuldigen Sie, mein Gegner wird ungeduldig, ich stehe Ihnen nachher weiter zu Diensten!“ und damit wandte er sich, von Helmschick's letztem Kopfschütteln gefolgt, dem Billard wieder zu. Dieser ließ sich durch den Aufwärtigen Figuren bringen und setzte sich, dem Spiele zusehend, in einen der stehenden Divans, bis Seifert mit einigen brillanten Schritten die Partie endigte, den gemachten Auszug einzog und sich neben Helmschick plazierte. „Wie gesagt“, begann er, und brannte sich eine der daliegenden Zigarren an, „es wird mir immer klarer, daß wir uns wirklich gekannt haben mögen.“ — (Fortsetzung folgt.)